



Soldaten in Syrien

AFP

TELEKOMMUNIKATION

Überwacht Syrien mit deutscher Technik?

Der syrische Geheimdienst setzt bei der Überwachung der Protestbewegung im Land offenbar auch auf Technik der Firma Utimaco aus Oberursel. Das Unternehmen verwies auf Anfrage am Freitag darauf, keine Produkte direkt an die syrische Telekom verkauft zu haben. Man habe die italienische Firma Area beliefert, mit der man seit Jahren zusammenarbeite. Dass diese an das Assad-Regime weiterverkauft habe, könne man nicht bestätigen. Utimaco bemühe sich derzeit bei den Italienern um Klärung, an welche Endkunden Area geliefert habe und ob die Ausfuhrbestimmungen eingehalten worden seien. Bis dahin, so das Unternehmen, habe man die Zusammenarbeit mit Area gestoppt. Hacker hatten

in den vergangenen Wochen bereits aufgedeckt, dass bei der syrischen Telekom unter anderem amerikanische Überwachungstechnik im Einsatz ist (SPIEGEL 41/2011). Über die Verwendung von Utimaco-Ausrüstung berichtete am vergangenen Freitag der Wirtschaftsdienst Bloomberg unter Berufung auf Unterlagen und Insider. Der Linken-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko hatte schon vor 14 Tagen die Bundesregierung nach Exporten deutscher IT-Firmen in Diktaturen und autokratische Regime gefragt und Utimaco benannt. „Diese Überwachungstechnik ist ein zentraler Teil der Repression in vielen Staaten, deshalb brauchen wir dafür endlich eine effiziente Ausfuhrkontrolle“, sagt Hunko.

DEUTSCHE BAHN

Stärkere Kontrolle

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will die Deutsche Bahn AG stärker kontrollieren und dafür die Kompetenzen der Bundesnetzagentur ausweiten. So soll die bundeseigene Bahn künftig nicht mehr allein über Preise für die Nutzung ihres Schienennetzes entscheiden dürfen. Trassenpreise, die das Unternehmen von seinen Wettbewerbern verlangt, sind künftig von der Bundesnetzagentur zu genehmigen. Dafür muss die Bahn ihre Kostenkalkulation den Kontrolleuren offenlegen. Der Entwurf für das sogenannte Eisenbahn-



Ramsauer

regulierungsgesetz soll im März im Kabinett beschlossen werden. Ramsauer reagiert mit der Initiative auf Druck der FDP und der EU-Kommission. Beide drängen auf eine Trennung von Netz und Betrieb, was einer Zerschlagung des Bahn-Konzerns gleichkäme.

STEFFI LOOS / DDP IMAGES / DAPD

SPD

Reiche zur Kasse

Bei den Sozialdemokraten gibt es Bestrebungen, die Steuern im Fall einer Regierungsübernahme noch stärker zu erhöhen als bisher geplant. Auf dem Parteitag Anfang Dezember wird es zu einer offenen Abstimmung über die sogenannte Reichensteuer kommen. Setzt sich dieses von der Parteilinken verfochtene Konzept durch, bezahlen Alleinstehende ab 150 000 Euro Einkommen 52 Prozent Steuern. Bislang ist im Steuerkonzept der SPD vorgesehen, den Spitzensteuersatz lediglich auf 49 Prozent zu erhöhen.